

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 131/132, Telephon Nr. 2400 bis 2406.

Expedition: Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 131/132, Telephon Nr. 2400 bis 2406.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Straßennummer) 4 Mark. Bestellungen sind bis zum nächsten Auslieferungstag an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Klärung der Bezugsgebühr erforderlich.

## Berliner Organ

Inserate kosten die halbjährliche Mittelstufe aber beten Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Markt 30 Pf. jedes weitere Wort 15 Pf. Lesungsvergütung 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Besondere Anzeigen von Familienkreisen und politischen Organisationsfällen der Lesungsvergütung frei. Insetale für die Morgen-Ausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Insetale für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

## der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Freitag, den 19. November 1918

Nummer 8

# Der Beginn der Sozialisierung.

### Fortführung der Revolution!

Unaufhörlich wird in der bürgerlichen und zum Teil in der rechtssozialistischen Presse eine Kampagne für die Einberufung der Nationalversammlung geführt. Nachher aber muß der Anstoß entfallen, als ob dieses beständige Hindernis auf den moralisch kleinsten Nationalmentritt der Versammlung nur dem Zweck diene, die sozialistische Regierung zur Untätigkeit zu verdammen, gerade an der Zeit, wo höchste Energieanstrengung zur stärksten Rotwendigkeit geworden. Das sozialistische deutsche Proletariat hat die Macht erobert und fordert ihre Ausübung. Es verlangt nicht, was dem Rechtsbewußtsein der Volksmassen widerspricht, aber es wünscht entschieden, daß alles geschieht, was die Lebensinteressen der breiten Massen erfordert. Macht, die ruht, mindert sich. Wir aber brauchen Stärke und Wehrung unserer Macht.

Nicht dazu haben die Arbeiter den Sieg errungen, daß sie launenden Geistes, die Demobilisierung, die Volksernährung, der Friedensschluß, so notwendig und kompliziert auch all diese Friedensarbeiten sind, nunmehr erledigt werden und dann die Regierung alles weitere der Nationalversammlung überläßt. Was wir von der Regierung fordern müssen, ist revolutionäre Energie und die Entschlossenheit, sofort alles zu tun, was zu tun für die Sicherung der Demokratie und die Aushaltung der Sozialisierung getan werden kann.

Auch wir sind der Meinung, daß die kommenden Wochen für das Schicksal des deutschen und damit des internationalen Proletariats entscheidend werden. Es ist selbstverständlich, daß alle Sozialisten die äußerste Kraft daran setzen werden, die Volksmassen mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß es in ihrer Hand liegt, die großen Ideale der Freiheit und Gleichheit in Wirklichkeit zu verwirklichen. Aber der Wahlkampf muß vorbereitet werden durch Taten der Regierung, die jedem klar machen, daß eine neue Zeit begonnen hat, daß die Ketten fallen und die Welt dem arbeitenden Volke gehört wird.

Nichts wäre verderblicher, als wenn sich die Regierung aus furchtbarer Rücksicht auf „Kompetenzen“ ihrer Souveränität begeben. Wir stehen uns auf das Recht der Revolution der unerschütterlichen Mehrheit des deutschen Volkes, und wir sind sicher, daß sie energischer und kühner die Regierung handelt, desto sicherer ihr die Sanction der Nationalversammlung werden wird. Die Regierung muß so handeln, daß sie nicht das Vertrauen breiter Proletariatschichten verliert. Sie gerät sonst in Gefahr, aus allzu anmaßlicher Rücksichtnahme auf die Bourgeoisie die Grundfrage ihrer Existenz zu erschüttern, die revolutionäre Energie des Proletariats zu verringern. Die Kraft ist ein kleiner Vorkriegs- und die Furcht, die die Widerstände gegen die Einberufung der Nationalversammlung manchem einflößen, darf nicht dazu verleiten, die Einberufung als einzelne politische Aufgabe der Regierung zu betrachten. Ein solches Vorgehen würde diese Widerstände nicht schwächen, sondern nur mehren.

Was wir von der Regierung verlangen, ist ein klarer Aktionsprogramm! Die Regierung muß lösen, was sie an Reformen der Gesetzgebung und Verwaltung sofort durchführen will. Es gibt eine Menge Dinge, über die nicht diskutiert zu werden braucht, die sofort dekretiert werden können. Und andere, die noch einiger Vorbereitung in Angriff genommen werden müssen. An diesen gehört vor allem die Einleitung der Sozialisierung. Gerade diese bildet keinen Aufschub. Die Landwirtschaft hat eine Reihe organisatorischer Einrichtungen geschaffen, die nur wenig abgeändert werden müssen, um brauchbare Grundlagen für die Veranschaulichung zu geben. Auf der anderen Seite wird die Verbeibaltung bestehender Maßnahmen für die Wiederbelebung anderer Industrien, die zunächst für die Sozialisierung noch nicht in Betracht kommen, schädlich und hemmend. Sofortiges Handeln ist also gerade im Interesse der Volkswirtschaft erforderlich. Ueber die Möglichkeit der Ueberführung der großen industriellen Monopole in Gemeinbesitz gibt es unter Sachverständigen keinen Zweifel. Es ist aber

von entscheidender Bedeutung für die ökonomische Machtverteilung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, daß die Veräußerung über die wichtigsten Rohstoffe in die Hände der sozialistischen Regierung übergeht. Die Art und Weise des Vorgehens kann von sofort einanderlaufenden Sachverständigenkommissionen geprüft und sodann an die Durchführung geschritten werden.

Die Regierung kann also handeln und sie muß handeln. Sie muß handeln, weil ihre Taten unsere stärkste Propaganda sein werden. Wir müssen hinweisen können darauf, daß wir, an die Macht gelangt, durchzuführen, was wir versprochen haben: die politische und ökonomische Vertretung der Volksmassen.

Sie muß handeln, weil nur so die Revolution unter den arbeitsamen Cykeln und den arbeitsamen Störungen ihren Fortschritt nehmen wird. Wir dürfen uns nicht täuschen. Auch nur der Schein des Fortschritts die Verneinung aufhalten zu wollen, würde die erbittertsten Gegenwirkungen auslösen. Und der Verlust wäre dann nutzlos. Denn auch denjenigen Sozialisten, die aus Furcht vor dem, was sie Volkswirtschaft nennen, fast an nichts anderes mehr denken können als an die Einberufung der Nationalversammlung, muß es klar sein, daß die Erfüllung der revolutionären Forderungen unvermeidlich ist. Der Ausschub aber kann verderblich werden, weil er Wirrnisse und Komplikationen hervorruft, die verhängnisvoll werden müßten. Und deshalb gilt es gerade im Interesse der demokratischen Entwicklung die notwendigen demokratischen und sozialistischen Maßnahmen sofort treffen. Es gibt keine andere, es gibt keine bessere Sicherung der Einberufung der Nationalversammlung als die Fortführung der Revolution!

### Die Vorbereitung der Sozialisierung.

Die sozialistische Regierung hat einen bedeutsamen, hocherfreulichen Schritt unternommen. Sie ist entschlossen, die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, in denen die Vorbereitungen für die Veranschaulichung bereits sind, sofort in Angriff zu nehmen. Es wird unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen berufen werden, die unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Reichsämter die nötigen Maßnahmen beraten und zur Durchführung vorschlagen wird.

### Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Wie wir von zuständiger Seite hören, sind die Vertreter der Entente in der Kommission für die Durchführung des Waffenstillstandsvertrages am Sonnabend in Spa (Belgien) eingetroffen. Die Beratungen haben bereits begonnen.

### Die Nationalversammlung.

Noch kein Regierungsbeschluss.

Volks Bureau teilt mit: In den Notizenblättern vom 17. November fand sich die Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 2. Januar 1919 aufgelegt werden und die Wahlen selbst am 2. Februar 1919 stattfinden würden.

Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftragten ist bis jetzt ein Entwurf zur Wahlordnung für die Konstituante noch nicht zur Veranschaulichung vorgelegt worden.

Daß die Vorbereitungen für die Konstituante so bald wie möglich in die Wege geleitet werden sollen, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.

### Die Haltung der Polen.

Der Oberste Befehlshaber über die polnischen Streitkräfte in Polen Pilsudski erließ nach einer Meldung der Z. U. einen Aufschub an das polnische Volk, sich würdig gegenüber der neuen deutschen Regierung zu verhalten und den deutschen Okkupationsmächten keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Hof und frühere Beamten sollten verschwinden. Die Polen sollten kaltes Blut und Ruhe bewahren und den gutaussehenden Soldaten behilflich sein, sie aber keinesfalls entwaffnen oder ihnen Unannehmlichkeiten bereiten.

Nach einer Meldung des Volksbureau aus Warschau außerdem dem bisherigen preussischen Abgeordneten Senda gegenüber die Erklärung ab, daß er nicht beabsichtige, irgendwelche feindseligen Schritte gegen die deutsch-polnischen Gebiete zu unternehmen. Der polnische Kaiser erklärte ferner, daß auch die Annahme falsch sei, die Polen wollten die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache stellen.

Von anderer, gutunterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Aus der Front der Polen sind aus der letzten Zeit bemerkenswerte Gerüchte nach Berlin gelangt. Sie lauten zum Teil sehr viel schärfer als notwendig war. Immerhin scheint festzuhalten, daß die Polen in der Provinz unter Führung der polnischen Reichsarmee und Landtagsabgeordneten gewisse vorkriegsartige Taten zu schaffen wollen, um mit diesen einen bestimmenden Einfluß auf die Beschlüsse der Friedenskonferenz auszuüben. Diese Bestrebungen sind nicht nur unter finanzieller und allerrechtlicher Gesichtspunkte zu bewerten, sondern haben auch für das Grenzgebiet eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Um die Lage an Ost und West zu klären und sich mit den unabhängigen Stellen auf deutscher Seite und den leitenden Persönlichkeiten im polnischen Lager in unmittelbare Verbindung zu setzen, hat sich, wie wir hören, am Montag eine Kommission nach Warschau begeben, an deren Spitze der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern von Grelsh steht, und der verschiedene dem Kriegsernährungsamt unterstehende Prüfungsstellen angehören.

### Die Lage im Baltikum.

In Kurland und Livland Ruhe. — Ueber Estland Ungetrübtheit.

Der neuernannte deutsche Generalbevollmächtigte in den baltischen Ländern, Wianig, drückt dem Reichsamt des Innern: In Deutschland soll lebhaft Teilnahme über die Zustände im Baltikum herrschen. Das ist unbedeutend. In Kurland und Livland ist alles ruhig. Die Soldatenräte unterstützen die Romanowoffstellen in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Ein Delegiertentag der Soldatenräte wird das Zusammenarbeiten von Führung und Mannschaft weiterhin regeln. Anders liegen die Verhältnisse in Estland. Dort ist die Revolte ausgebrochen. Unsere Landesverwaltung hat Revol verüßt. Tumulte und Plünderungen sollen vorgekommen sein. Der Revolte Soldatenrat versichert jedoch, daß alles ruhig sei. Ich habe einen Vertreter nach Revol geschickt, der die Lage prüfen und unser dort lagerndes Deeresgut sichern soll. Zur Zeit ist kein Antrag zur Verfügung gegeben.

### Wetterführung des Schweizer Generalstabs?

Nach Bern wird am 18. November gemeldet: Die Zeitung des allgemeinen Bundesrates in Zürich in Basel erklärt, daß sie das bürgerliche Schweizer Aktionskomitee nicht mehr als Leitung des Bundesrates anerkennen und sofortige Einberufung eines zweiten Arbeiterkongresses zur Reibung der Organisation verlangen; der begonnene Kampf müsse weitergeführt werden. Die Kosten und Ausgaben durch den allgemeinen Bundesrat werden auf 25 bis 30 Millionen Franken geschätzt.

# Die Sammlung des Bürgerturns.

Die durch uns von vornherein vertretene Auffassung, daß für die Wahl der Nationalversammlung der Termin weit genug hinausgeschoben werden müsse, um auch den heimkehrenden Feldzugsteilnehmern die Mitwirkung zu ermöglichen, den Parteien hinreichende Gelegenheit für Agitation und Aufklärung zu geben und der Regierung die Möglichkeit zu gewähren durch sozialistische Taten den ihr durch den Sieg des Proletariats verlebten Aufstieg wenigstens in seinen Grundzügen zu verwirklichen. — Diese Selbstverständlichkeit hat nun auch die Anerkennung der entscheidenden Regierungsstellen gefunden. Wie eine Abendzeitung berichtet, hatten die Mitglieder des Volksgenerrats des A. und S. Rates am Montag im Reichskanzlerpalais eine Besprechung mit dem Volksbeauftragten Ober und den anderen Kabinettsmitgliedern. In dieser Besprechung war man einig über die Notwendigkeit einer Einberufung der Nationalversammlung, verschiedener Meinung über den dafür festzusetzenden Termin. Indessen kam man doch zu dem Ergebnis, daß es schon aus praktischen Gründen ausgeschlossen sei, die Wahlen bereits am 2. Februar stattfinden zu lassen.

Es erwidert angeht die Entscheidung doppelt unfähig, daß man an bestimmter Stelle solche Eile hatte, an nachstehende Wähler eine Meldung zu geben, als ob der 2. Februar als Wahltermin bereits endgültig festgelegt wäre. Und es ist bezeichnend, daß diese Meldung von der gesamten bürgerlichen Presse wie auch vom „Vorwärts“ nicht nur vorbehaltlos übernommen, sondern geradezu begrüßt und zur Parole gemacht wurde. In der bürgerlichen Presse ist sogar vielfach die Behauptung aufgetaucht, der 2. Februar sei noch ein viel zu später Termin. Man möchte dort — verständlicherweise — den Zustand der Diskur des Proletariats so sehr wie möglich abklären, man fürchtet die sozialistische Aufklärung, man fürchtet noch mehr die sozialistische Praxis einer entschlossenen, den proletarischen Interessen dienenden Regierung; man fürchtet sie nicht nur, weil man von ihr eine Schädigung der eigenen Interessen erwartet, sondern vor allem auch, weil man instinktiv fühlt, daß der Erfolg der ersten entscheidenden Schritte zu einer Fortführung des beschrittenen Weges führen müßte, bei der es dann kein Halten mehr geben würde.

Mit der Agitation für einen möglichst nahen Zeitpunkt der Wahl beginnt man sich im übrigen nicht. Man rüht sich bereits für den Kampf, man ist im Begriff, die Kräfte um in ihm einen Erfolg davonzutragen. Die Verhandlungen zwischen Fortschrittler und Nationalliberalen über eine Verschmelzung der beiden Parteien nehmen ihren Fortgang. Der geschäftsführende Ausschuss der fortschrittlichen Volkspartei hat bereits der Einigung zugestimmt; manches deutet darauf hin, daß die Verschmelzung auch mit der neuen demokratischen Partei angeht. Daneben steht die Nachricht, daß die deutschkonfessionelle und die freikonfessionelle in Einigungsverhandlungen eingetreten wären. Ein „vaterländischer Volksbund“, der ausschließlich noch der Art der org in Widerspruch getretenen Vaterlandspartei eine Sammlung aller reaktionären Elemente erstrebt, hat sich auch bereits konstituiert. Und die „Tägliche Rundschau“ tritt mit Begeisterung dafür ein, daß über haupt alle bürgerlichen Parteien bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung eine einheitliche Front bilden.

Das alldeutsche Organ zitiert unsere Ausführungen über die Notwendigkeit, noch vor der Wiedereinführung des Parlamentarismus die Fundamente einer neuen Wirtschaftsordnung insoweit zu legen und meint dazu: „Gegenüber diesen offen zutage liegenden Mängeln der sozialistischen Vorkämpfer ist doch der Gedanke nicht abzusehen, daß auf bürgerlicher Seite mit dem Aufmarsch der Parteien in getrennten Kolonnen nicht alles getan sein darf. Ein vereintes Schloß gegen den gemeinsamen Gegner müßte als höchste Lösung noch über den Parteien der einzelnen Parteien für die Wahlen zur konstituante Geltung haben.“

Als diese gemeinliche Front des gesamten Bürgerturns nur ein Vorzeichen des alldeutschen Blattes? Gewiß nicht! Die bürgerlichen Parteien, so schreibt der Leitartikel der „Täglichen Rundschau“, sind in Wahrheit durch keine breitere und tiefere Abspaltung getrennt, als die beiden sozialistischen Parteien; ohne Schaden an ihrem Proletariat und ohne Schaden an ihrer Seele könnten auch Konfessionelle und Zentrumslente, Zentrumslente und Liberaldemokraten in diesem Kampfe zusammenschließen. Tatsächlich steht für sie alle, wenigstens soweit sie an der Ausbeutung der Besitzlosen, am freien Verfügungsrecht über die Produktionsmittel interessiert sind, gleichermäßen Ungeheures auf dem Spiel. Es ist sehr wohl möglich, daß die Parole: Inanspruchnahme zum Schutz eurer heiligsten Güter, will heißen: eures Privateigentums am Grund und Boden, an den Produktionsmitteln und damit den Werkzeugen der Produktionskraft — daß diese Parole tatsächlich dahin wirkt, daß wenigstens sehr weite Kreise der Bourgeoisie sich zu gemeinsamen Vornehmen einigen.

Man soll die Macht und die Verbemöglichkeit dieser Kreise nicht unterschätzen. Die Revolution, Geuerin aller Unterdrückung, hat ihnen volle Freiheit gelassen, ihre Agitation zu entfalten. Die Mittel, mit denen sie sich in der Werbearbeit stets ein Uebermaß über die Parteien der Arbeiter zu sichern wußten, sind ihnen ungeschmälert geblieben. Und freigeblieben noch als sonst werden sie sie für diesen entscheidenden Kampf zur Anwendung bringen. Kein Aufwand wird gescheut werden, um die Werbetrommel durch Stadt und Land erklingen zu lassen.

Und man wird versuchen, ihr einen Lockenden Klang zu verleihen. Man wird nicht gerade sagen, daß man ihr die Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems ins Feld zieht. Man wird auch manchen anderen Verzeßwunsch für die Gestaltung der Dinge beschreiben unter den Schefel stellen. Statt dessen wird man sich in weitgehender Maße der Stimmung der Massen anzupassen suchen. Wie anpassungsfähig unsere Bourgeoisie und selbst unser Junkertum ist, das haben die letzten Tage so bereits ausreichend bewiesen. Mit welcher Ueberstürzender Schnelligkeit holten „Arenzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ ihre Fahnen ein, auf denen weiterhin leuchtend die Worte standen: Mit Gott für Kaiser und Vaterland.

Was über die Einigungsverhandlungen innerhalb der bürgerlichen Parteien bis jetzt bekannt geworden ist, laßt gleichfalls genaug. Die Fortschrittler und Nationalliberalen auch mit der neuen demokratischen Partei schließen deren grundlegender Aktus innerlich sehr radikale Worte sind und als „Kauf“ auf dem Boden der neu geschaffenen Ver-

hältnisse stellen. In überaus bezeichnend. Aber auch die Konfessionellen und Freikonfessionellen wollen sich bei der beabsichtigten Einigung ein neues Programm mit „stark demokratischem Charakter“ geben. Es ist sehr nett, daß jetzt die Herren um Herbrand und Heßig als Verfechter der Demokratie auftreten wollen, ebenso nett, wie wenn die „Arenzeitung“ in ihrem Montag-Abendblatt den „Rechtsboden“ für die heutige Regierung vermisst. Die Männer des Dreiklassenwahlrechts, das in der irrischen Weise dem preussischen Volk aufstrotzt wurde, die Männer des absolutistischen Systems als Vorkämpfer des „Rechtsbodens“ und der Demokratie — es ist wirklich ein erbärmliches Schauspiel!

Aber wer blüht dafür, daß es ihnen nicht gelingt, unter gefändler Maske Bahier zu fangen. — Wenn der anderen Seite nicht eine hinreichende Kritik und Mäßigkeit gegeben wird, auch an jene Kreise heranzukommen, die bis dahin mehr oder weniger ausschließlich Domäne einer bürgerlichen Beeinflussung waren.

Der 2. Februar soll noch nicht der Wahltag sein. Aber auch wenn die Wahlen einige Wochen später stattfinden, — es ist kein Augenblick zu verlieren, es muß sofort mit einer nachdrücklichen Aufklärungs- und Werbearbeit begonnen werden.

Voranzugehen hat dabei die Regierung, die von den revolutionären Machthabern das Mandat und damit die Verpflichtung erbt, den Bau nicht nur der Republik, sondern auch der sozialistischen Republik zu fundamentieren. Ihre Taten, ihre sozialistischen Maßnahmen werden in erster Linie den Beweis zu erbringen haben, daß tatsächlich die weitesten Kreise — auch in der bisherigen Gefolgschaft der feudalen und kapitalistisch-bürgerlichen Parteien — an der Aufrechterhaltung der jetzigen Konstellation interessiert sind.

Nicht weniger wichtig ist aber, daß daneben auch die Parteiarbeit sofort beginnt. Arbeit über die sozialistischen Ziele und Methoden zu verbreiten. Es ist bezeichnend, welche Unklarheit in den weitesten Kreisen noch über alles herrscht, was mit dem Sozialismus zusammenhängt. Ganz insinuatlich, unter Einfluß aller Strömung gearbeitet werden, um die Verwirrung zu befestigen. Schwere Aufgaben stehen sich da den Genossen, die geistlich und körperlich bei dieser Arbeit mitwirken. Aber sie müssen in Klarheit genommen werden — ohne Hagen, mit allen Mitteln.

Die Revolution ist noch nicht durchgeschwungen. Nur ein erster, freilich bedeutender Schritt ist getan. Nun gilt es, diese Erfolge zu verankern. Die nächsten Wochen werden dafür entscheidend sein.

## Das Programm der sächsischen Revolutionsregierung.

### Beseitigung der Bundesstaaten. — Weltgehende Selbstverwaltung.

In einem Kastrate der neuen sächsischen Regierung an das sächsische Volk steht es u. a.: Die neue sächsische Regierung erstrebt die Beseitigung der veralteten bundesstaatlichen Verfassung und die Einordnung Sachsens in die einheitliche großdeutsche Volksrepublik, an die auch Deutsch-Mitteleuropa seinen Anschließ vollziehen möge. Den einzelnen Teilgebieten des neuen Groß-Deutschlands soll weitgehende Selbstverwaltung und Schutz der Kulturinteressen gesichert werden. Die Regierung wird in Uebereinstimmung mit der neuen Reichsleitung wirken. Sofern Anordnungen der Reichsleitung unseren Verfass nicht finden, werden wir unsere Auffassung dagegen geltend machen. Die von der Reichsleitung mit Gesetzgebung erlassenen Verfügungen werden mit für Sachien durch Vorarbeiten ergänzt, denen gleichfalls Gesetzeskraft zukommt. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die Träger der revolutionären Bewegung, haben die Aufgabe, die sozialistische Volksregierung zu schützen und zu kontrollieren. Ihre Zuständigkeit in den einzelnen Orten wird ein unerschütterlich zusammenstehender Landestrat der Arbeiter und Soldaten umgrenzen. Mit Beendigung der Demobilisierung und mit Friedensschluß soll an Stelle des stehenden Heeres die Volkswache treten.

Die Sicherstellung der Volksernährung ist in unserem Lande besonders schwierig. Die Regierung wird die Interessen Sachsens an Reichshöhe mit größtem Nachdruck vertreten. Sie wird mit den schärfsten Mitteln gegen unbedingtes Zurückhalten von Lebensmitteln, gegen Wucher und gewerdmäßigen Schleichhandel einzutreten. Arrogant ist für häusliche Zwecke, insbesondere für Volksbildung und Volksgesundheitswesen zur Verfügung zu stellen. Die Verkehrsmittel, insbesondere die Reichsbahnlinien, sollen mit möglichst Beschleunigung ausgebaut und weiter ausgebaut werden.

Zur Deckung der Ausgaben sind große Vermögen und Einkommen, vor allem die Kriegsgewinne, heranzuziehen. Die Beseitigung jedes auf Ausbeutung beruhenden Einkommens ist zu erstreben, desgleichen die Vergeßlichkeit der dazu geeigneten kapitalistischen Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, Verwaltungsreformen grundsätzlicher Art bleiben vorbehalten.

Für die Gemeinden ist volle Selbstverwaltung durchzuführen. Die bestehenden Gemeindevertretungen können zunächst im Amte bleiben. Für die Einsetzung der Gemeindevertretungen werden weitere nähere Anweisungen demnächst erfolgen.

Der Ruf ist schlicht: Schwer ist die Not der Welt. Jeder tue seine Pflicht. Mit diese mühsame Uebergangszeit überstanden, dann wird das deutsche Volk vermöge der unergänzlichen Kräfte, die in ihm leben, in demokratischer, sozialistischer Entwicklung sich zu neuer Blüte entfalten.

## Der Kampf der Richtungen.

Zum Austritt der Kommunisten (Richtung Rühle, tritt das Presseamt des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Dresden folgendes mit:

Der A. und S. Rat Groß-Dresden verurteilt sich entschieden gegen den Vorkurs, gegenrevolutionären Strömungen zu widigen. Er wird zu dieser Erklärung noch ausführlich Stellung nehmen. In bezug auf, daß auch nach dem Austritt der Kommunisten

die Unabhängigen und Wehrheits-Sozialdemokraten nach wie vor zusammenarbeiten werden, um die Erzeugnisse der Revolution zu sichern und anzubauen.

## Ein russischer Junkpruch.

### Eine unnütze deutsche Verwahrung.

Am 11. November ist ein Junkpruch von der russischen Räteregierung an alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands gerichtet worden. Er belagt im wesentlichen:

Die russische Räteregierung begrüßt die Sache von ganzem Herzen und beweist mit Euch die Opfer, die im herrlichen Kampfe um die Arbeiterbestimmung gefallen sind. Leider werden es nicht die letzten Opfer sein. Wie wir durch Meldungen der Station genau erfahren, steht noch an der Spitze der Regierung Prinz Bag von Baden, und Reichsfürst von Ober werden, der vier Jahre lang Wilhelm und die Kapitalisten unterstüzt hat. Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands, solange Ihr eine Regierung bildet, die aus Prinzen, Kapitalisten und Schiedsmännern besteht, daß Ihr die Macht nicht in den Händen. Die Schiedsmänner werden zusammen mit den Erzberger Euch an das Kapital verkaufen. Sie werden mit den englischen und französischen Kapitalisten im Waffenstillstandsvertrag verhandeln, daß Ihr die Waffen niederlegt. Soldaten und Matrosen, gebt die Waffen nicht aus der Hand. Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überal zu übernehmen, eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Vorkurs an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine Rationalisierungsmaßnahmen aufschwätzen; Ihr wißt, wozu Euch der Reichstag gebracht hat. Nur die Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte und eine Arbeiterregierung wird das Vertrauen bei den Arbeitern und Soldaten der anderen Länder erwerben. Sie wird den Arbeitern Englands und Frankreichs einen schlichten Frieden vorschlagen, und wir sind fest überzeugt, daß diese unteren und Euren Beispiel folgen, mit ihren Kapitalisten und Generalen abbrechen werden, und daß dann ein eblicher Volksfriede geschlossen wird. Es gilt, gleichzeitig mit dem Kampfe um Arbeit und Freiheit den Kampf um Brot zu führen. In England gibt es in der Ukraine, am Don, im Kubangebiet genug Brot für uns und Euch. Darum laßt die englische Regierung schnell durch das Schwarze Meer nach Sibirien zu gelangen, um dort den Generalen Denikin, Wrangell und Koropodoff zu helfen, daß Brot den Arbeitern zu entreißen. Die deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte müssen sofort durch Junkpruch und Delegierte den deutschen Soldaten in der Ukraine den Befehl geben, während die rote Armee diese Vandalen von Norden anzureißen (die Kräfte Wrangell sind sehr schwach). Können wir ihn in ein paar Wochen erledigen, und dann gibt es Brot für Euch. Wir spannen alle Kräfte an, um Euch bald Brot zu senden. Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter und Soldaten! Es lebe das Bündnis der freien russischen Arbeiter und deutschen Soldaten und Matrosen! Es lebe die deutsche Räterepublik!

Wolfs Bureau bemerkt dazu:

„An sächsischer Regierungstelle ist man der Ansicht, daß dieser Junkpruch eine unbedeutende Einmischung in die deutschen Verhältnisse bedeutet und außerdem eine Darstellung des Standpunktes erfordert, den die russische Räteregierung gegenüber der deutschen Volksregierung einnimmt. Das deutsche Volk will mit allen Kräften in Frieden leben, also auch mit dem Sowjetland; es kann aber verlangen, daß kein Recht auf Selbstbestimmung seiner nationalen Verhältnisse allerorts geschadet wird und daß die Vermischungen von außen der unterbleiben.“

Wir finden diesen Standpunkt reichlich antiquiert. Wir sind für volle Selbstbestimmung auch für fremde Regierungen. Die deutschen Arbeiter und Soldaten sind Mann genug, die Aufforderungen der russischen Räteregierung, die wir uns, wie der Wortlaut des Junkpruchs zeigt, bei der Ablehnung noch mangelhaft unterrichtet war und daher von zum Teil falschen Voraussetzungen ausging, anzuhören, zu prüfen und dann zu entscheiden.

## Deutschland und die russische Volkshaft.

Durch die bürgerliche Presse geht die Nachricht, die deutsche Reichsleitung habe die russische Regierung dahin verständigt, daß eine Vertretung der letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

Wie wir erfahren, ist diese Behauptung falsch. Die Verhandlungen mit der russischen Regierung dauern an.

## Ein neues polnisches Ministerium.

Infolge eines Dekrets Pilsudskis und Dajanas vom 18. November, das die Morgenblätter veröffentlichten, ist ein Kabinett mit dem galizischen Sozialisten Morawski an der Spitze gebildet worden. Die Minister sind größtenteils Sozialisten und Volksparteiler und stammen meist aus Galizien.

## Arbeitsförderung in Frankreich.

Nach Meldungen aus Paris hat die sozialistische Gruppe des Parlaments einen Gesetzesantrag eingebracht, demzufolge für alle militärischen und politischen Vergehen sowie für Meinungs- und Presseverbrechen eine Amnestie gefordert wird.

„Humanität“ behauptet, daß die Unterbrechung des hohen Gerichtshofes gegen Coillanz wegen Verständigung mit dem Felde mit einer Umwälzung der Anklage endigen werde.

Die Arbeiterabgeordneten haben die Versicherung erhalten, daß alle verhafteten Syndikalisten sofort freigelassen werden sollen.

## Die Revolution in Belgien.

Ueber den Verlauf der Revolutionsbewegung im besetzten Belgien hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Brüssel einen Bericht des Zentral-Soldatenrats in Brüssel erhalten, der besagt: Die Soldatenbewegung begann in Brüssel Sonnabend, 9. November, abends. Das Gouvernement fuhr Sonntag nachmittag 3 Uhr ab. Die rote Fahne ging auf dem Gouvernementsgebäude hoch, und der Soldatenrat ergriff davon Besitz. Die Bewegung griff mit durchschnittlichem deutschsprachigen Einschlag auf die Belgier über. Der Soldatenrat beschloß Freilassung der politisch Verhafteten, darunter des belgischen sozialistischen Senators Cocheau. Die einzige Brüsseler Gemeinde wurde vom Soldatenrat übernommen. In den Genten Belgiens gab es bei dem Kampf auf unserer Seite 40 Tote. Die deutsche Zivilverwaltung löste sich kopflos auf. Deutsche Marschälle bedrohten den Abtransport und Verpflegung der Truppen. Nur 60 Mann der Sicherheitswache waren zur Verfügung geblieben. Der Sicherheitsdienst wurde sofort organisiert.

Montag nacht 8 Uhr war die gesamte Gewalt in den Händen des Vollzugsausschusses des proletarischen Soldatenrats. Dieser nahm am Montag die Beschlüsse der neutralen Besatzung und den belgischen Verträgen einschließlich der neutralen Ernährungs-Kommissionen an. Sämtliche deutschen Lebensmittel wurden dem neutralen Komitee übergeben. Die belgischen Gerichte wurden wieder eingeleitet. Der Oberbürgermeister Nag von Brüssel wurde im Auto zurückgelassen. Am Dienstag wurde die Verbindung mit den einrückenden Fronttruppen und Stäben hergestellt. Die Befreiung ist gesichert. Alle Ruine sind niedergeschlagen. Die Soldatenräte in Antwerpen, Beverloo, Roubaix usw. schlossen sich dem zentralen Soldatenrat und seinem Vollzugsausschuss in Brüssel an. Am Mittwoch wurde Entschädigung für die wirtsch. Schäden durch deutsche Plünderer erlassen. Donnerstag wurde der geordnete Rückmarsch der Truppen gesichert.

## Nein in die Eisenbahnstrassen!

Ein Aufruf des Metallarbeiterverbandes.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes richtet an die Arbeiterschaft nachfolgenden Aufruf:

Wir Eintritt des Hofenstillschusses erfüllt die Notwendigkeit der Ausführung weiterer Dorenaufträge. Solange Arbeiter, die durch irgendeinen Zwang ihre Arbeit niedrigeren Beschäftigung aufgeben und Arbeit in der Rüstungsindustrie angenommen haben, werden dadurch frei und ledig jeden Zwanges, Herr über selbst. Der nun einsetzende Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft verlangt dringend Verwertung der Kenntnisse und Erfahrungen jeder einzelnen am rechten Platz.

Darum lehrt jeder zu seiner früheren Beschäftigung zurück. Sie dürfen ihm die beste Verwertung seiner Arbeitskraft und Beschäftigung gewährleisten. Diese Forderung gilt besonders den Arbeitern die auf Lokomotiv- und Eisenbahnwagenbau beschäftigt gewesen sind, ehe sie zum Dorenbau einbezogen oder zur Rüstungsindustrie übergegangen sind. Alle die hier keine ausreichende Beschäftigung mehr oder in Höhe mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, finden im Lokomotiv- und Eisenbahnwagenbau lohnende und ausreichende Beschäftigung. Der Zustand unserer öffentlichen Verkehrsmittel ist besorgniserregend. In ihrer jetzigen Verfassung bilden unsere Eisenbahnen eine enorme Gefahr für unser Volk. Sie zu bannen, ist Pflicht auch der Arbeiterschaft. Eine hemmungslose Abwicklung des Verkehrs gewährleistet die Verteilung der Lebensmittel, der Rohstoffe für die Güterherstellung, der Betriebsmittel, zuzum den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und damit das Wohl unseres Volkes, und nicht zuletzt das der Arbeiterschaft selbst. Tausende Lokomotiven und Eisenbahnwagen müssen dem Feind abzuliefern werden, Tausende andere sind unbrauchbar und brennen der Zerstörung, und Tausende müssen neu geschaffen werden. Hier fehlt es an Materialen und geübten Facharbeitern, besonders an Kesselschmiedern und Maschinenbauern. Viele befinden sich heute noch in Betrieben für Dorenbau, viele von ihnen können heute vollwertig in die Lokomotiv- und Eisenbahnwagenwerkstätten.

Hier winkt dauernde und auch lohnende Beschäftigung.

## Nein Solidarität!

Von verschiedenen Genossen wird uns mitgeteilt, daß in einer Reihe von Fabriken Entlassungen der ausländischen Arbeiterkräfte, namentlich der Polen, begonnen haben. Diese Entlassungen sollen vielfach auf die Forderung der Arbeiter selbst vorgenommen worden sein, die darauf hinwirken, daß die Plätze in den Fabriken von den fremden Arbeitern geräumt und für die aus dem Felde zurückkehrenden Kameraden freigestellt werden könnten. Dieses Vorgehen einzelner Arbeiterkräfte hat bei den hier lebenden polnischen Arbeitern, unter denen sich viele brave, treue Genossen befinden, großes Vertrauen erweckt. Sie verlässen sich nicht der Ansicht, daß die Arbeitsstellen in den Fabriken für die zurückkehrenden Kollegen bereitgestellt werden müssen, sie erwarten aber, daß die Maßnahmen der Arbeitervertreter auf diesem Gebiete nicht wohl- und regellos vorgenommen werden, sondern unter einheitlichen Gesichtspunkten nach Prüfung der Sachlage durch den Arbeiterrat und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der ausländischen Arbeiter.

Die hier arbeitenden polnischen Arbeiter weisen auch darauf hin, daß sie in ihrem überwiegenden Teile hier gewalttätig zurückgekehrt sind, auf den deutschen Okkupationsgebieten unter Anwendung bedrückender Zwangsmaßnahmen gezwungen worden sind, nachdem die deutschen Okkupationsbehörden die Industrie in Polen und Litauen fast vollständig zerstört hatten. Die deutschen Arbeiter dürfen diese Tatsache nicht aus dem Auge verlieren. Sie dürfen nicht sagen, und werden die polnischen Arbeiter nicht an, mügen sie in ihrem eigenen Lande durchleben, daß sie Arbeit und Brot finden. Trotz der schwierigen Lage, in der die deutsche Arbeiterschaft sich jetzt befindet, hat sie die Pflicht, sich dafür zu sorgen, daß die nach Deutschland zurückkehrenden ausländischen Arbeiterkräfte nicht schlechter behandelt werden als jene deutschen Arbeiter, die der Krieg jetzt zu Arbeitslosigkeit und Entbehrungen verurteilt. Bei den Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die wohl jetzt in unvollständiger Weise zu erwarten sind, werden auch die ausländischen ausländischen Arbeiter Berücksichtigung finden müssen. Es darf in keinem Falle geschehen, daß die Arbeiter das Gebot der internationalen Solidarität durchbrechen und jene ausländischen Arbeiter, die ebenso wie sie Opfer des Krieges sind, die Rechte bezahlen lassen für die betrübliche Politik der alten Regierung.

Die obigen Ausführungen waren schon geschrieben, als uns folgende, von mehreren Arbeitern aus dem belgischen Gebiete Polens und Litauens unterzeichneten Erklärung zugeht: „Selbst nach Annahme der Waffenstillstandsbedingungen kommt in den Betrieben Groß-Berlins eine betrübliche Agitation gegen die ausländischen Arbeiter vor. Unsere sofortige Entlassung wurde gefordert mit dem Hinweis, daß wir gegen Geld verdient hätten. Wir möchten hierzu erklären, daß wir nicht des Geldes wegen nach Berlin gekommen sind, sondern durch Hungerzwang der deut-

lichen Herrschaft in den besetzten Gebieten. Wir warten noch auf eine Erklärung der neuen Regierung zu unserer Lage und werden uns deren Anordnungen gerne fügen. Auf energischste müssen wir aber protestieren gegen das geübte nationalstolische Treiben in den Betrieben. Wir haben und gleich anderen am 9. November über den Sieg der Revolution gestimmt. Noch heute der Ruf: Es lebe die Internationale! auf allen Lippen und schon werden Arbeiter von Arbeitern auf schwerste angegriffen.

Wir bitten die Regierung, sich endlich unserer Lage anzunehmen und sich offen darüber zu äußern.

## Gewerkschafts-Aufgaben.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung gibt bekannt: Um die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mitsamt in die Wege zu leiten, werden die der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung angeschlossenen Gewerkschaften ersucht, das Erforderliche zu veranlassen.

Die Neuwahlen der Arbeiterausschüsse sind sofort durch Beauftragte der Gewerkschaften vorzubereiten und durchzuführen.

Demnach sollen die Gewerkschaften mit den zuständigen Arbeitgeberorganisationen sofort in Verhandlung treten, um das künftige Arbeitsverhältnis der Arbeiter und Angestellten durch Vereinbarung von Kollektivverträgen zu regeln.

Durch die Angestellten ist die Kontrolle der Angestelltenräte, Reichstag, Zimmer 14, mit der Durchführung der vorstehenden Maßnahmen betraut.

## Die Frauen im Arbeiterrat.

In der Nummer 317 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 17. November, ist unter der Überschrift „Die Frauen im Arbeiterrat“ eine Kollage enthalten, die ersichtlich vielen auch, ob es sich um die Frauen der Arbeiter- und Soldatenräte handelt, werden soll, nicht bekannt ist. Bei mir ist am Sonntagabend eine Genossin der Sozialdemokratischen Partei erschienen, um mit mir darüber zu sprechen, wie die Interessen der Frauen im Arbeiterrat vertreten werden können. Ich habe ihr ausdrücklich gesagt, daß eine Vertretung der Frauen im Arbeiterrat dringend notwendig ist, daß bei der Wahl der Arbeiterräte natürlich auch die Arbeiterinnen berücksichtigt werden müssen. Unsere Aufgabe sei es, bei den bevorstehenden Neuwahlen die Frauen zu ermuntern, daß die Arbeiterinnen in den Parteien nicht nur ihr passives Wahlrecht ausüben, sondern auch das aktive, d. h. alle, die auch Frauen als Arbeiterratsmitglieder gewählt werden und bei der neuen Zusammenfassung des Vollzugsausschusses ebenfalls Frauen mit hinein beibringen werden müssen. Auf diese Weise sind auch Frauen im Felde der Frauen gewählt und mitwirkend in den Arbeiter- und Soldatenräten für einen Frauenrat, der doch nur als Ausschuss des Vollzugsausschusses figurieren würde, habe ich mich nicht ausgesprochen, sondern ausdrücklich auf den ordnungsmäßigen Weg der Wahl der Arbeiterräte verwiesen. Jede unserer Parteigenossinnen ist es nun, aber in den Fabriken, Propaganda für diese Wahlen zu machen, die Arbeiterinnen anzufordern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Kandidaten auszuwählen. Natürlich müssen, nachdem die Wahlen vollzogen sind, diese Arbeiterinnen, ab sie von der Unabhängigen Partei oder von der Sozialdemokratischen Partei arbeiten, wie es die Wähler, die von den verschiedenen Parteien als Räte oder als Kandidatinnen gewählt sind, tun.

Alle, Genossinnen, auf aus Welt. Seht Euch mit den Arbeiterinnen der Betriebe, die auf unserem Boden stehen, in Verbindung und bezieht Euch die Wähler vor. Auf sie!

## Eine Sympathieumgebung für die Revolution.

Au Sonntag Nachmittag hatte die Berliner Gruppe des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes („Jund“) nach der Bismarckstr. eine Versammlung, eintausend, die ausgezeichnet besucht war und folgende Resolution annahm:

Nach tausend jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen, versammelt am 17. November auf die Aufforderung der Berliner Gruppe des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes, begrüßen die große deutsche Revolution und das jüdische Proletariat, mit dem sie seit Jahren zusammen gelebt und gestritten, mit dem sie in der Revolution Schulter an Schulter gekämpft, reihen sich die jüdischen Arbeiter ein in die Front jener deutschen sozialistischen Arbeiter, welche den Idealen der Internationalen treu geblieben sind. Sie begrüßen den Arbeiter- und Soldatenrat und sein ausführendes Organ, den Vollzugsausschuss, sie begrüßen die sozialistische Regierung und verpflichten sich, sie als Willensräter des deutschen Proletariats mit allen Kräften zu unterstützen. Sie erlauben den Vollzugsausschuss, bei allen Fragen, die die jüdischen Arbeiter betreffen, einen Vertreter des jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterbundes zur Mithilfe heranzuziehen. Und sie sprechen zum Schluß die Erwartung aus, daß der unter dem Druck des revolutionären Proletariats abgeschlossene Weltfrieden aus dem jüdischen Proletariat, als einem Teil des verletzten jüdischen Volkes, mit der sozialen auch die nationale Befreiung bringen wird.

## Das Feind in der Türkei.

Am Sonntag Nachmittag lagte in Berlin eine Versammlung der türkischen Kolonie, an der auch türkische Marokkaner aus Kiel sowie die in den belgischen Partien tätigen türkischen Arbeiter teilnahmen. Die Reden wurden des Professors Hamdullah Sabbi besonders besonders erwähnt zu werden. Er schilderte die unglückliche Lage der Türkei, in die sie durch die Unmenslichkeit der unglücklichen Nachbarn geraten ist. Angegriffen sind die Verluste der türkischen Armee, die, aus einer Bevölkerung von 10 Millionen Menschen bestehend, ungezählte Millionen Verluste gelitten hat, wobei andererseits Millionen dadurch verurteilt worden sind, daß die Soldaten sehr schlecht versorgt und Tausende von verunletzten oder körperlichen Kriegsverwundeten auf offenem Felde hinter Front bis zum Tode überlassen wurden.

Die Tatsache, daß die Überlebenden dieser Schandkriege, inner und Genossen, nach Deutschland geflohen sind, nachdem sie das Land in türkischem Joch der Armut übergeben haben und daß sie sich ungenügend in Berlin aufhalten, gab zu einer köstlichen Demonstration Anlaß. Während

dieser Demonstration wurde das Besondere ausgesprochen, daß keine wie immer, der außerdem beschuldigt wird, nach Hunderttausende von Arbeitern niedergeworfen zu haben, unter dem Schutze des neuen freien Deutschlands stehen können, und man verlangt deren Auslieferung an die Türkei, damit sie dort Gericht gestellt werden.

Sollte es sich bewahrheiten, daß inner und Genossen sich tatsächlich in Berlin aufhalten, so wird es Aufgabe der Regierung sein, sich dieser Schandverbrechen zu verweigern.

## Vormarsch der Rumänen nach der Bukowina.

Der Präsident des rumänischen Volkes in der Bukowina Gendro hat von der rumänischen Regierung eine kühne Mitteilung erhalten, daß rumänische Truppen, Feldartillerie und die Grenzbeobachtung im Vormarsch nach dem Innern der Bukowina sind. Diese Maßnahmen sollen lediglich gegen den sich ausbreitenden Bolschewismus gerichtet sein.

## Die Heimkehr der Deutschen aus Lodz.

Während die Heimkehr der Angehörigen der deutschen Bevölkerung in Lodz ohne Zögerung erfolgt ist, haben sich die hier in Lodz tätig gewesenen deutschen Frauen und Beamtinnen eine schwere Verdichtung seitens der Polen leisten müssen. Die Heimkehrenden, 120 Personen, wurden in Pichonien gepöbelt und langten erst nach 14-tägiger Fahrt an der deutschen Grenze in Stelmighe an. Unterwegs waren sie durch bewaffnete Angehörige der polnischen Militärorganisation entworfen und ihrer Privatgegenstände beraubt worden. Gegen diese völlerrechtswidrige und entwürdigende Behandlung muß scharfer Protest erhoben werden.

## Erhöhung der Bezüge.

Die in der „B. Z.“ am Freitag vom 18. November gebrachte Meldung, daß die Proportion auf 2400 Gramm erhöht werde und sich dem nächsten Monat in Kraft treten soll, ist unzutreffend, da die Beratungen im Schutze des Arbeitermittelsverbandes Groß-Berlin und mit den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Eine Erhöhung der Proportion tritt auf jedem Fall ein.

## Neue Verordnungen.

Entlassungen in der Marine.

Jeder Mann, der ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 60 Mark Entlassungsgeld. Ritter von Nonn, Vogtberg.

Geheze bleiben in Kraft.

Konens der preussischen Regierung gehen Dr. Brechtell und Dr. Siedem bekannt:

Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die bestehenden Geheze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von jedermann zu befolgen sind, wie auch jedermann in angemessener Weise der ihm dadurch erwachsenden Rechte vertritt. Durch besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Einhaltung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

## Verbesserung der Soldatenkennung.

Der Rat der Vollzugsausschüsse (Weicheregierung) und der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats bestimmen unterm 15. November:

1. Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen. Werden sie wiederbeschäftigt, sind sie freie Hilfsarbeiter und als solche zu behandeln.

2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsleistungen, die sonst Hilfsarbeiter verrichten, herangezogen werden, erhalten für jede Arbeitsstunde 50 Pfg. Zulage.

3. Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderem Sicherheitsdienst über ihren Entlassungszeitraum hinaus mit 10-tägiger Kündigungsfrist verpflichten, können für diesen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Zulage von 50 Mark und eine tägliche Zulage von 5 Mark als Führer und 3 Mark als Mann.

4. Die Mannschaften bleiben, so lange sie mobil sind, mobile Wohnung, soweit sie immobil sind, immobile Wohnung, jedoch Geheze und Mannschaften monatlich 30 Mark.

## Kellamationen Marineangehöriger.

Das Reichsmarineamt teilt mit, daß namentlichen Kellamationen Marineangehöriger entsprechen werden kann, soweit die noch zu leistenden militärischen Aufgaben dies zulassen. Den Arbeitgebern ist es dabei empfohlen, solche Kellamationen unmittelbar an die Marineverwaltung einzubringen. Die Verwendung von besonderen Kellamationen, wie sie bisher in Aussicht genommen war, ist fallen gelassen. Besondere Muster sind nicht mehr vorgeschrieben.

## Polnische Kinderkisten.

Die Deutsche Sozialpartei in Danzig ergeht einen Aufruf, der nach freudigem Bekannnis zum neuen Polnischen (schonmalige) Einberufung der Nationalversammlung, ein Großdenkmal das ein Gleichgewicht zwischen Nord und Süd herstellen soll: Freiheit des Wirtschaftslebens; Schutz der persönlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit; einheitlicher, einheitlicher Frieden des gesamten Erziehung- und Bildungslebens; strenge Einhaltung der Kriegspolizei; Aufhebung der Besatzung, Ungleichbehandlung Deutschlands in den Völkerverträgen.

Zur Übergabe von Lettow-Verbleib meldet weiter noch, daß sie am 14. November vormittags am Generalleutnant von Kallama, im Norden Rhodens auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen erfolgte.

Die Freiheit des Handels der Schweiz ist durch eine Erklärung der deutschen Regierung an die der Schweiz wieder hergestellt, durch die Deutschland auf die bisherige Kontrolle über den Verkehr und Wiedereinfuhr von Waren, die auf oder über Deutschland in die Schweiz eingeführt werden, verzichtet.

Amerikanische Darlehen. Nach Meldungen aus Washington wurde dem tschechoslowakischen Rat eine Summe von 7 Millionen Pfund Sterling (140 Mill. Mark), England eine solche von 300 Millionen Pfund Sterling (4 Milliarden Mark) gewährt.

Die Welterhebung der deutschen Streitkräfte. Nach Meldungen aus London erwartet man, daß alle deutschen Streitkräfte, ausschließlich der U-Boote, vor Ablauf des Monats ausgeliefert werden sollen.

# Sterben in Schönheit.

Eine denkwürdige Sitzung war es, die gestern die Stadtverordnetenversammlung abhielt. Es handelte sich darum die Stellung des Bürgerrechts zu der durch die Revolution geschaffenen Lage festzusetzen. Unser heutiges Bürgerrecht ist nicht das revolutionäre von 48, das damals politische Freiheiten forderte. Es hat sich vielmehr abgefunden mit dem gegenwärtigen Zustand; sicher ist ihm doch alle Vorrechte gegenüber dem Proletariat. Und Vorrechte gibt man freiwillig nicht auf. Vorrechte sind es aber, die das Bürgerrecht heute vor allem in der Gemeindeverwaltung genießt.

Die proletarische Revolution vom 9. November hat aber den Jahrhunderte alten Elender fortgeweht. Die Gemeindeverwaltung ist aufgebaut auf Vorrechte des Besitzes und des Geldes; sie ist aber eine sehr komplizierte Maschine, die nur dann eine ungehinderte Fortführung der Verwaltung gewährleisten kann, wenn sofort anderes und Besseres an die Stelle treten kann. Gestern erwiesen die Vertreter dieser Klassen der Revolution ihre Referenz, die Wortführer der Mehrheitsparteien, die ihre Lage erkannten, wollten noch einen zu erkennen geben, daß sie nach wie vor bereit sind, im Interesse der Allgemeinheit auch ferner ihre Dienste zur Verfügung stellen wollen damit die zunächst notwendigen wichtigen Zweige der Stadtverwaltung keine Störung erleiden.

Wenn man die Neben — vom Magistrat anfangend bis zu dem letzten Stadtverordneten — liest, bekommt man den Eindruck, daß dieses Parlament in Schönheit sterben will. Aus den nachfolgenden Erklärungen, die in der Sitzung genau formuliert waren, geht das hervor. Sie lauten:

**Oberbürgermeister Vermuth** führte aus, daß sich der Magistrat einmütig auf den Standpunkt gestellt habe, auch im Rahmen der neuen Verwaltung weiter zu wirken. Die Befugnisse des Vollzugsausschusses, des Arbeiter- und Soldatenrates sind in einer gestern veröffentlichten Erklärung genau festgelegt. Auch der Minister des Innern hat der Stadtverwaltung mitgeteilt, im Interesse des Vaterlandes die Dienstverhältnisse unter Anspannung aller Kräfte fortzuführen. Der Redner schloß: Wir erblicken unsere nächste und höchste Pflicht in der Sorge für die heimkehrenden Krieger. Sie wird in den kommenden Wochen die ganze Arbeit der städtischen Organe beherrschend in Anspruch nehmen. Durch die erfolgreiche Erfüllung dieser Pflicht ist das Wohl der Hauptstadt und des Landes bedingt. Dessen auch Sie dazu, meine Herren, rufen Sie sich als die gesamte Bürgerschaft auf, daß wir mit Geduld, Unterhalt und Arbeitsfertigkeit, vor allem mit fröhlicher, handbarer Liebe die auszuübenden, die die letzten Jahre für uns gestritten und gelitten haben.

**Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Cassel:** Wir beschließen nicht, zu den Ereignissen der letzten Tage von diesem Punkte aus politische Stellung zu nehmen. Wir erkennen unter Beachtung unserer Überzeugungen die Regierung, welche jetzt die Staatsleitung inne hat, als im tatsächlichen Besitz derselben befindend an. Die Schwierige und gefährliche Lage unseres Vaterlandes und unserer Stadt Berlin erfordert, daß wir noch schneller sofort wirkender Erledigung des oft im Augenblick notwendigen eine aus beiden städtischen Behörden zusammengesetzte gemischte Deputation, bestehend aus einer größeren Anzahl von Mitgliedern als gewöhnlich, einzusetzen, um alles Erforderliche zu beraten und vorzubereiten. Wir werden die jetzige Regierung, soweit es an uns liegt, zur Erhaltung der Ordnung, der persönlichen Freiheit und Sicherheit, zur Versorgung der Bevölkerung und der heimkehrenden Krieger mit den erforderlichen Lebensmitteln und Wohnräumen in gewissenhafter und pflichtmäßiger Fortsetzung unserer städtischen Verwaltungen und Betriebe nachdrücklich unterstützen.

**Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Selmann:** Meine Herren, wie stehen am Beginn einer neuen Zeit. Der alte preussisch-deutsche Junker- und Militärstaat ist zusammengebrochen. An seiner Stelle ist zu unserem Stolz und zu unserer Freude die deutsche Volkervereinigung entstanden. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Versammlung hoffen, daß die neue Epoche nicht nur für die Arbeiterklassen Deutschlands bessere und glücklichere Aussichten herbeiführt, sondern darüber hinaus auf alle Kulturbelebungen Deutschlands und der Welt fördernd und segensreich wirken wird.

**Stadtverordneter Kammeyer:** Für meine Freunde handelt es sich in diesen ersten Tagen darum, daß ein jeder ohne Rücksicht auf seine politische Meinung, aber auch ohne Aufgabe seiner politischen Grundanschauungen sich in den Rahmen des Ganzen einfügt zu praktischer gemeinsamer Arbeit. Wir wollen weder uns selbst noch unsere Mitbürger, als deren Vertreter wir in dieser Versammlung sind, bei den wichtigen Aufgaben der Berliner Stadtverwaltung ausschalten und wollen zeigen, daß wir auch bei gänzlich veränderter politischer Verhältnisse im Rahmen des Ganzen pflichtgemäß mitarbeiten werden.

**Stadtverordneter Dr. Wehl:** Die oben von Herrn Kollegen Selmann vorgetragene Erklärung ist zwischen beiden sozialdemokratischen Fraktionen vereinbart worden und ist dadurch auch für die unabhängige sozialdemokratische Bauabteilung gültig. Ich bin von meinen engeren Freunden ausdrücklich beauftragt, das hier festzustellen.

## Bekämpfung der Revolutionskämpfer.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, den 20. November, um 11 Uhr auf dem Tempelhofer Felde statt.

Nach Beendigung der Feier verläßt der Leichenzug die Volkswalder-Str., Königgräber Str., Dudastraße, das Brandenburger Tor die Linden, Schloßplatz, Königlitz, Landsberger Str. Alle diese Straßen werden abgesperrt.

## Nachruf.

Im Kampfe für Freiheit, Gleichheit und Völkerkrieg fielen am Sonntag, den 9. November, vor der Garde-Füsilier-Kaserne unsere erwerbsfähigen Kameraden und Kollegen

**Franz Schwengler,  
Erich Habersaath,  
Richard Glathe.**

Wir werden diesen Opfern der Reaktion, welche ihr Leben für die Ideale des Proletariats hingegeben haben, stets ein treues Gedächtnis bewahren und in ihrem Sinne weiterkämpfen.

Ruhet sanft ihr edlen Freiheitskämpfer!

Die Arbeiterschaft und Angestellten der B. M. A. G. vorm. Schwartzkopff.

Zur Beerdigung am Mittwoch, den 20. Nov., treffen sich die Kollegen am 9 Uhr auf der Spielwiese im Humboldthain.

Den Zug eröffnet eine Ehrenkompanie, geföhrt vom Alexander-Regiment. Es folgen die Franz-Deputationen, die sozialdemokratischen Vertreter der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, die Partei- und Gewerkschafts-Deputationen. Abschließend die Söhne der Gefallenen und nur die nächsten Verwandten der Revolutionskämpfer.

Eine Ehrenkompanie, geföhrt von den Matrosen. Die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe, voran die Arbeiter der Firma Schwartzkopff. Jeder Betrieb stellt die erforderlichen Ordner.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins und die Jugendgenossen kehren sich ihren Betrieben an. Die Truppen der Berliner Garnisonen.

Am Landsberger Platz löst sich der Zug in die Seitenstraßen auf. Die Landsberger Straße muß für den Austausch freigehalten werden.

Alle öffentlichen Gebäude legen roten Schmuck an; die Flaggen auf Halbmast.

Sämtliche Straßenlaternen sind von 12 1/2 bis 1 Uhr und von 3 bis 3 1/2 Uhr zu löschen.

Der Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates.

# Groß-Berlin.

## Sterben in Schönheit.

Eine denkwürdige Sitzung, die Stadtverordnetenvorversammlung am Donnerstag. Mit nie gewohnter Pünktlichkeit begann sie. Sie hatte etwas Feierliches an sich. Eine in diesen Räumen selten anstreichende Ruhe trat ein, als der Vorsitzende dem Oberbürgermeister das Wort gab und sie hielt an, als der vorstehende Redner ihre bis auf einzelne genau formulierte Erklärungen zur Verlesung brachte. Nichts mehr von dem überhebenden Ton, nicht mehr so von oben herab, sondern der Not der Zeit angepaßt. Alle wollten der neuen Regierung dienen, ihr leisten, soweit sie können, der Stadt, dem Lande wollen sie dienen. Wie schnell diese Umwandlung. Die Sitzung hatte beinahe etwas Tragisches an sich, halte in der vorübergehenden Versammlung der Vorsteher dieser selben Versammlung erst noch mit Empfindung sich gegen Vertreter unserer Fraktion unter dem Beifall der bürgerlichen Mitglieder gewendet und erklärt, es müsse mit Achtung von dem königlichen Hause gesprochen werden. Und nun dieser Umschwung!

Das Berliner Stadtparlament ist wie alle Gemeindeparlamente genau so zum Tode verurteilt, wie das Reichsparlament und die Parlamente der Einzelstaaten, und es kann nur eine Frage der Zeit sein, wenn ihr endgültiges Ableben erfolgt. Und nicht nur müssen die Gemeindeparlamente in ihrer heutigen Form verschwinden, sondern auch die Magistratsverfassungen, die tatsächlich auf ein Zweikammersystem hinauslaufen. Nicht hat der Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte, wenn er im Allgemeininteresse einen angestrebten Fortgang der laufenden Geschäfte für notwendig hält. Aber die Umwandlung der Gemeindeverwaltung darf keinen Augenblick länger aufgeschoben werden, als unbedingt erforderlich. Und lange kann das nicht mehr dauern.

## Duldet keine Unterdrückung!

Wie uns von einigen unserer Zeitungsverkäufer mitgeteilt wird, belästigen sich die Hüter der alten Ordnung auf dem Gebiet der Bekämpfung unserer Zeitung. So wurde ein Genosse, der bei der Verbreitung der „Freiheit“ mithilft, von zwei Kellnern im Wartesaal 2. Klasse auf dem Schlesischen Bahnhof aus dem Saal gewiesen, nachdem sie vorher dem Genossen in jeder Weise schikaniert hatten, allerdings mit dem Erfolg, daß die Zeitung desto mehr gekauft wurde. Ein anderer Fall liegt noch viel krasser. Einer unserer Genossen, der auf dem Wege zur Arbeit die Zeitung verkaufte, wurde von dem Stationsvorsteher des Bahnhofs Johannisthal (westliche Seite) verhaftet und von dem Posten zur Bahnhofswache geführt. Die Mannschaften auf der Wache waren über das Vorgehen des Stationsvorstehers äußerst erstaunt und entließen den Genossen, nachdem sie alle die Zeitung bei ihm gekauft hatten. Diese Stillschaltungen zeigen wohl zur Genüge, daß der Verfolgungsgeist der Hüter der alten Ordnung nur das entgegengesetzte Ziel erreicht und die Verbreitung der „Freiheit“ fördert. Unsere Zeitungsverkäufer und -verkäuferinnen werden uns von allen ähnlichen Vorfällen berichten und wir werden nicht versagen, allen Unterdrückern des freien Wortes tüchtig auf die Finger zu klopfen.

Der Sicherheitsdienst in Groß-Berlin. Die Kriminalpolizei von Groß-Berlin war seit der Umwälzung in der neuen Verhältnisse noch nicht recht eingefügt worden. Um dem Verbrechen, das sich jetzt besonders breit macht, entgegenzutreten zu können, tragen die Kriminalbeamten seit gestern wieder die Waffe, ebenso sind ihre früheren Befugnisse wieder hergestellt. Die Soldaten des Sicherheitsdienstes sind angewiesen, den Kriminalbeamten bei der Ausübung ihres Dienstes im Notfall jede Hilfe zu leisten. Der bisherige Schutzmann heißt nun jetzt ein Wachtmeister, die bisherigen Wachtmeister heißen Oberwachmeister und Kriminaloberwachmeister. — Bei dem Generalappell der Sicherheitsmannschaften im Rikshof des Berliner Polizeipräsidiums wurde ferner beschlossen, daß jedem Revier ein

Gruppenführer aus 10 Mann aus bewaffnete Nacht zugeteilt werden.

Defektoren und Arbeitslose füllten am Montag den großen Festsaal der Germaniahalle in der Chausseestraße. Die Redner sprachen sich über das Werden der Berliner Revolution aus und schloßen, oft in Einzelheiten, den Anteil, den Arbeiterlose und Defektoren an der Revolution hatten. Ein Redner forderte die Befestigung der städtischen Arbeitsnachweise und verlangte dafür Betriebsarbeitsnachweise für die einzelnen Betriebe. Der Einberufer und die Mitglieder des Bureau wurden in den A. und S. Rat gewählt. Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin wurde mit 10 000 angegeben, die Zahl der Defektoren soll ganz erheblich größer sein.

Tagung der Justizkanzler. Die Verbände preussischer Justizkanzler und Justizkanzlerbeamten tagten am Montag Nachmittag in Oberlands Festsaal in überfüllter Versammlung. Es gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme in der sofortigen Einführung des Schuldenbuchs, sowie vor weiterer arbeitsloser Ausbreitung und ferner Abschaffung des Altschuldenbuchs gefordert wird. Ebenso eine umgehende Herbeiführung der planmäßigen Einstellung aller bisher noch nicht angetretenen Kanzlerarbeiter unter Beobachtung seiner ordnungsgemäßen Befolgung.

Die Kandidaten im revolutionären Deutschland. Mittwoch, den 20. November 1918, vormittags Punkt 9 1/2 Uhr, findet in den Germania-Hallen, Chausseestraße 110, eine große Kundgebung der Angestellten des Reichsbundes statt, in der u. a. Minister Dr. Rudolf Breitscheid das Wort erheben wird. Es ist geplant, daß die Versammlungsteilnehmer sich in geschlossenem Zuge an der Beerdigung der Revolutionskämpfer beteiligen.

Wahlen der städtischen Beamten zum A. und S. Rat. Am Mittwoch, den 20. November 1918, vormittags 10 Uhr, finden im Rikshof die Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat für die gesamte städtische Beamten- und Angestelltenchaft von Berlin statt. Die Lehrerschaft sowie die Forstbeamten und Gehilfen haben schon besonders gewißigt. Ingleich soll die Einsetzung herkömmlich angestellter Beamtenausbilde in die Wege geleitet werden. Der Eintritt ist nur gegen Ausweisnachweise gestattet, die von den Vorstehern der Dienststellen am Dienstag, den 19. d. Mts. zu beziehen sind.

Soldatenräte! Sämtliche in Berlin anwesende Delegierte von auswärtigen Soldatenräten werden gebeten, Dienstag vormittags um 10 Uhr 30 Minuten zu einer Besprechung sich im Zimmer 40 des Abgeordnetenbundes einzufinden.

Der Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte für die städtische Abteilung. Am Freitag: Bergmann.

Akteverteilung. In der Zeit bis Donnerstag, den 21. November, wird an die Kunden, die in den Preisversteigerungen der in den Bezirken der 28., 31. und 32. Bezirkskommission gelegenen Geschäfte (Antiquar, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 120 Gramm Akte verteilt. Der Verkauf erfolgt durch die Geschäfte, die durch ein Auktionsgeheim Verkauft vom Hofe der Preistelle Groß-Berlin gekennzeichnet sind.

Verkauf von Mahrkäsen und Mischeln. In den Bezirken der Bezirkskommissionen Nr. 23 bis 33, 35 bis 37, 39 bis 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 99, 101, 103, 105, 107, 109, 111, 113, 115, 117, 119, 121, 123, 125, 127, 129, 131, 133, 135, 137, 139, 141, 143, 145, 147, 149, 151, 153, 155, 157, 159, 161, 163, 165, 167, 169, 171, 173, 175, 177, 179, 181, 183, 185, 187, 189, 191, 193, 195, 197, 199, 201, 203, 205, 207, 209, 211, 213, 215, 217, 219, 221, 223, 225, 227, 229, 231, 233, 235, 237, 239, 241, 243, 245, 247, 249, 251, 253, 255, 257, 259, 261, 263, 265, 267, 269, 271, 273, 275, 277, 279, 281, 283, 285, 287, 289, 291, 293, 295, 297, 299, 301, 303, 305, 307, 309, 311, 313, 315, 317, 319, 321, 323, 325, 327, 329, 331, 333, 335, 337, 339, 341, 343, 345, 347, 349, 351, 353, 355, 357, 359, 361, 363, 365, 367, 369, 371, 373, 375, 377, 379, 381, 383, 385, 387, 389, 391, 393, 395, 397, 399, 401, 403, 405, 407, 409, 411, 413, 415, 417, 419, 421, 423, 425, 427, 429, 431, 433, 435, 437, 439, 441, 443, 445, 447, 449, 451, 453, 455, 457, 459, 461, 463, 465, 467, 469, 471, 473, 475, 477, 479, 481, 483, 485, 487, 489, 491, 493, 495, 497, 499, 501, 503, 505, 507, 509, 511, 513, 515, 517, 519, 521, 523, 525, 527, 529, 531, 533, 535, 537, 539, 541, 543, 545, 547, 549, 551, 553, 555, 557, 559, 561, 563, 565, 567, 569, 571, 573, 575, 577, 579, 581, 583, 585, 587, 589, 591, 593, 595, 597, 599, 601, 603, 605, 607, 609, 611, 613, 615, 617, 619, 621, 623, 625, 627, 629, 631, 633, 635, 637, 639, 641, 643, 645, 647, 649, 651, 653, 655, 657, 659, 661, 663, 665, 667, 669, 671, 673, 675, 677, 679, 681, 683, 685, 687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 715, 717, 719, 721, 723, 725, 727, 729, 731, 733, 735, 737, 739, 741, 743, 745, 747, 749, 751, 753, 755, 757, 759, 761, 763, 765, 767, 769, 771, 773, 775, 777, 779, 781, 783, 785, 787, 789, 791, 793, 795, 797, 799, 801, 803, 805, 807, 809, 811, 813, 815, 817, 819, 821, 823, 825, 827, 829, 831, 833, 835, 837, 839, 841, 843, 845, 847, 849, 851, 853, 855, 857, 859, 861, 863, 865, 867, 869, 871, 873, 875, 877, 879, 881, 883, 885, 887, 889, 891, 893, 895, 897, 899, 901, 903, 905, 907, 909, 911, 913, 915, 917, 919, 921, 923, 925, 927, 929, 931, 933, 935, 937, 939, 941, 943, 945, 947, 949, 951, 953, 955, 957, 959, 961, 963, 965, 967, 969, 971, 973, 975, 977, 979, 981, 983, 985, 987, 989, 991, 993, 995, 997, 999, 1001, 1003, 1005, 1007, 1009, 1011, 1013, 1015, 1017, 1019, 1021, 1023, 1025, 1027, 1029, 1031, 1033, 1035, 1037, 1039, 1041, 1043, 1045, 1047, 1049, 1051, 1053, 1055, 1057, 1059, 1061, 1063, 1065, 1067, 1069, 1071, 1073, 1075, 1077, 1079, 1081, 1083, 1085, 1087, 1089, 1091, 1093, 1095, 1097, 1099, 1101, 1103, 1105, 1107, 1109, 1111, 1113, 1115, 1117, 1119, 1121, 1123, 1125, 1127, 1129, 1131, 1133, 1135, 1137, 1139, 1141, 1143, 1145, 1147, 1149, 1151, 1153, 1155, 1157, 1159, 1161, 1163, 1165, 1167, 1169, 1171, 1173, 1175, 1177, 1179, 1181, 1183, 1185, 1187, 1189, 1191, 1193, 1195, 1197, 1199, 1201, 1203, 1205, 1207, 1209, 1211, 1213, 1215, 1217, 1219, 1221, 1223, 1225, 1227, 1229, 1231, 1233, 1235, 1237, 1239, 1241, 1243, 1245, 1247, 1249, 1251, 1253, 1255, 1257, 1259, 1261, 1263, 1265, 1267, 1269, 1271, 1273, 1275, 1277, 1279, 1281, 1283, 1285, 1287, 1289, 1291, 1293, 1295, 1297, 1299, 1301, 1303, 1305, 1307, 1309, 1311, 1313, 1315, 1317, 1319, 1321, 1323, 1325, 1327, 1329, 1331, 1333, 1335, 1337, 1339, 1341, 1343, 1345, 1347, 1349, 1351, 1353, 1355, 1357, 1359, 1361, 1363, 1365, 1367, 1369, 1371, 1373, 1375, 1377, 1379, 1381, 1383, 1385, 1387, 1389, 1391, 1393, 1395, 1397, 1399, 1401, 1403, 1405, 1407, 1409, 1411, 1413, 1415, 1417, 1419, 1421, 1423, 1425, 1427, 1429, 1431, 1433, 1435, 1437, 1439, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461, 1463, 1465, 1467, 1469, 1471, 1473, 1475, 1477, 1479, 1481, 1483, 1485, 1487, 1489, 1491, 1493, 1495, 1497, 1499, 1501, 1503, 1505, 1507, 1509, 1511, 1513, 1515, 1517, 1519, 1521, 1523, 1525, 1527, 1529, 1531, 1533, 1535, 1537, 1539, 1541, 1543, 1545, 1547, 1549, 1551, 1553, 1555, 1557, 1559, 1561, 1563, 1565, 1567, 1569, 1571, 1573, 1575, 1577, 1579, 1581, 1583, 1585, 1587, 1589, 1591, 1593, 1595, 1597, 1599, 1601, 1603, 1605, 1607, 1609, 1611, 1613, 1615, 1617, 1619, 1621, 1623, 1625, 1627, 1629, 1631, 1633, 1635, 1637, 1639, 1641, 1643, 1645, 1647, 1649, 1651, 1653, 1655, 1657, 1659, 1661, 1663, 1665, 1667, 1669, 1671, 1673, 1675, 1677, 1679, 1681, 1683, 1685, 1687, 1689, 1691, 1693, 1695, 1697, 1699, 1701, 1703, 1705, 1707, 1709, 1711, 1713, 1715, 1717, 1719, 1721, 1723, 1725, 1727, 1729, 1731, 1733, 1735, 1737, 1739, 1741, 1743, 1745, 1747, 1749, 1751, 1753, 1755, 1757, 1759, 1761, 1763, 1765, 1767, 1769, 1771, 1773, 1775, 1777, 1779, 1781, 1783, 1785, 1787, 1789, 1791, 1793, 1795, 1797, 1799, 1801, 1803, 1805, 1807, 1809, 1811, 1813, 1815, 1817, 1819, 1821, 1823, 1825, 1827, 1829, 1831, 1833, 1835, 1837, 1839, 1841, 1843, 1845, 1847, 1849, 1851, 1853, 1855, 1857, 1859, 1861, 1863, 1865, 1867, 1869, 1871, 1873, 1875, 1877, 1879, 1881, 1883, 1885, 1887, 1889, 1891, 1893, 1895, 1897, 1899, 1901, 1903, 1905, 1907, 1909, 1911, 1913, 1915, 1917, 1919, 1921, 1923, 1925, 1927, 1929, 1931, 1933, 1935, 1937, 1939, 1941, 1943, 1945, 1947, 1949, 1951, 1953, 1955, 1957, 1959, 1961, 1963, 1965, 1967, 1969, 1971, 1973, 1975, 1977, 1979, 1981, 1983, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007, 2009, 2011, 2013, 2015, 2017, 2019, 2021, 2023, 2025, 2027, 2029, 2031, 2033, 2035, 2037, 2039, 2041, 2043, 2045, 2047, 2049, 2051, 2053, 2055, 2057, 2059, 2061, 2063, 2065, 2067, 2069, 2071, 2073, 2075, 2077, 2079, 2081, 2083, 2085, 2087, 2089, 2091, 2093, 2095, 2097, 2099, 2101, 2103, 2105, 2107, 2109, 2111, 2113, 2115, 2117, 2119, 2121, 2123, 2125, 2127, 2129, 2131, 2133, 2135, 2137, 2139, 2141, 2143, 2145, 2147, 2149, 2151, 2153, 2155, 2157, 2159, 2161, 2163, 2165, 2167, 2169, 2171, 2173, 2175, 2177, 2179, 2181, 2183, 2185, 2187, 2189, 2191, 2193, 2195, 2197, 2199, 2201, 2203, 2205, 2207, 2209, 2211, 2213, 2215, 2217, 2219, 2221, 2223, 2225, 2227, 2229, 2231, 2233, 2235, 2237, 2239, 2241, 2243, 2245, 2247, 2249, 2251, 2253, 2255, 2257, 2259, 2261, 2263, 2265, 2267, 2269, 2271, 2273, 2275, 2277, 2279, 2281, 2283, 2285, 2287, 2289, 2291, 2293, 2295, 2297, 2299, 2301, 2303, 2305, 2307, 2309, 2311, 2313, 2315, 2317, 2319, 2321, 2323, 2325, 2327, 2329, 2331, 2333, 2335, 2337, 2339, 2341, 2343, 2345, 2347, 2349, 2351, 2353, 2355, 2357, 2359, 2361, 2363, 2365, 2367, 2369, 2371, 2373, 2375, 2377, 2379, 2381, 2383, 2385, 2387, 2389, 2391, 2393, 2395, 2397, 2399, 2401, 2403, 2405, 2407, 2409, 2411, 2413, 2415, 2417, 2419, 2421, 2423, 2425, 2427, 2429, 2431, 2433, 2435, 2437, 2439, 2441, 2443, 2445, 2447, 2449, 2451, 2453, 2455, 2457, 2459, 2461, 2463, 2465, 2467, 2469, 2471, 2473, 2475, 2477, 2479, 2481, 2483, 2485, 2487, 2489, 2491, 2493, 2495, 2497, 2499, 2501, 2503, 2505, 2507, 2509, 2511, 2513, 2515, 2517, 2519, 2521, 2523, 2525, 2527, 2529, 2531, 2533, 2535, 2537, 2539, 2541, 2543, 2545, 2547, 2549, 2551, 2553, 2555, 2557, 2559, 2561, 2563, 2565, 2567, 2569, 2571, 2573, 2575, 2577, 2579, 2581, 2583, 2585, 2587, 2589, 2591, 2593, 2595, 2597, 2599, 2601, 2603, 2605, 2607, 2609, 2611, 2613, 2615, 2617, 2619, 2621, 2623, 2625, 2627, 2629, 2631, 2633, 2635, 2637, 2639, 2641, 2643, 2645, 2647, 2649, 2651, 2653, 2655, 2657, 2659, 2661, 2663, 2665, 2667, 2669, 2671, 2673, 2675, 2677, 2679, 2681, 2683, 2685, 2687, 2689, 2691, 2693, 2695, 2697, 2699, 2701, 2703, 2705, 2707, 2709, 2711, 2713, 2715, 2717, 2719, 2721, 2723, 2725, 2727, 2729, 2731, 2733, 2735, 2737, 2739, 2741, 2743, 2745, 2747, 2749, 2751, 2753, 2755, 2757, 2759, 27